

BONN

ADENAUER

Der Himmel stürzt ein

Zehnjährige Schüler aus dem Sauerland passierten am Freitagmittag vergangener Woche das Portal des Deutschen Bundestags, um im Hohen Haus der westdeutschen Demokratie einen ersten Einblick in die demokratische Praxis zu gewinnen — just zur selben Stunde, zu der Kanzler Konrad Adenauer sich anschickte, vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Würde eben dieser Demokratie kaltschnäuzig seinen Alterslaunen zu unterwerfen.

Vier Wochen vor dem 1. Juli — dem Tag, an dem die Bundesversammlung den neuen Bundespräsidenten wählen soll — mutete Adenauer seiner Gefolgschaft mit gewohnter Autokraten-Attitüde die Erklärung zu, daß er nicht mehr Bundespräsident werden, sondern Bundeskanzler bleiben wolle. Die Christdemokraten, die längst zu parieren gelernt haben, spendeten ihrem Dompteur „lebhaften Beifall“ (Fraktionsgeschäftsführer Rasner). Ihre adressierte Bereitschaft, sich prügeln zu lassen, übertraf selbst die Lust mittelalterlicher Flagellanten.

Am 7. April hatte sich der Kanzler bereit erklärt, vom Palais Schaumburg in die Villa Hammerschmidt umzuziehen.

Am 16. April hatte er aus seinem Urlaubsdomizil Cadenabbia dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier geschrieben, mittlerweile — „nach ruhigeren Überlegungen“ — habe er die feste Überzeugung gewonnen, daß sein Entschluß, für das Präsidentenamt zu kandidieren, unzweifelhaft richtig gewesen sei.

Am letzten Maisonntag revidierte Adenauer, von der Totenbahre seines Freundes Dulles eben zurückgekehrt, diesen Entschluß. Im Rhöndorfer Rosengarten, umgeben vom geistlichen Beistand des zur Dienstleistung à la suite des Kanzlers kommandierten Kaplans Paul Adenauer, erforschte Konrad Adenauer sein Gewissen. Das Resultat: Nur er allein werde die Nation sicher durch die Fährnisse der Zukunft steuern können — als Kanzler, nicht als Präsident.

Schon einen Tag später, am Montag letzter Woche, offenbarte sich der Kanzler seinem CDU-internen Parteifeind, dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, und dem Bundesverteidigungsminister Strauß.

Gleichwohl gab er sich noch am Mittwoch vor dem Plenum des Bundestags als Präsidenten-Designatus aus.

Erst am Donnerstag weihte er mit gleichlautenden Briefen den CDU-Fraktionschef Krone und den CSU-Landesgruppenleiter Höcherl in seinen vorläufig letzten, einsam gefaßten Beschluß ein. Den Wirtschaftsminister Erhard, den nach Amerika gereisten Kanzler-Kandidaten der CDU-Frak-



Adenauer Vater und Sohn: Die Lust am Mittelalter

tion, beschied er mit einem Telegramm. Das Fußvolk der Koalition und die Opposition erfuhren erst aus Funk- und Zeitungsmeldungen von der außer Kontrolle geratenen Gelenkigkeit des greisen Regierungschefs. Speziell die Damen zeigten sich betroffen. Klage Frau Dr. med. Maria Pannhoff (CDU): „Nein, was uns da zugemutet wird. Ich schäme mich.“ Frau Marie-Elisabeth Lüders (FDP): „Ich kriege dabei Bauchweh.“

Die CDU-Frau Helene Weber hingegen, die ihrem Busenfreund Adenauer ob seiner Präsidentschaftskandidatur gegrollt hatte,

rechnete sich das enthemmte Jonglieren des Kanzlers mit den höchsten Staatsämtern als persönliches Verdienst an: „Die Löwin hat gesiegt.“

Der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion erholte sich ungewöhnlich schnell von dem Betäubungsschlag und rannte am Freitagvormittag gegen Adenauer an. CDU-Bundestagspräsident Gerstenmaier bedeutete dem Kanzler, der Rücktritt von der Präsidentschaftskandidatur sei staatspolitisch nicht zu verantworten. CSU-Landesgruppenleiter Höcherl sagte: „Das ist eine Katastrophe.“ Dazu Konrad Adenauer: „Wenn Ihnen das nicht gefällt, können

Se ja dat konstruktive Mißtrauensvotum machen.“

Die aufgeschreckten CDU-Hinterbänker bedachten derweil beim Beruhigungsbier im Bundeshausrestaurant die Kapriolen ihres wetterwendischen Parteiherrn mit drastischen Formeln wie: „Schweinererei“, „widerliches Theater“. Über den Bundesinnenminister Schröder, der als einziger Kanzler-Vasall auch noch in dieser Stunde am SA-Kredo „Der Führer hat immer recht“ festhielt, gifteten die christdemokratischen Parteikameraden: „Das werden wir dem Schröder heimzahlen, das wird er uns büßen müssen.“ Und Gerstenmaier: „Nach dem OSAF(Oberster SA-Führer)-Prinzip geht's nicht.“

Als schließlich am Freitagnachmittag über die Lautsprecher im Bundeshaus der Befehl zum Rapport der CDU/CSU-Monstremannschaft vor dem großen Alten aus Rhöndorf erging, hieß die Losung der zum Kampf aufmarschierenden Christdemokraten: „Hund, willst du denn ewig leben?“

Jedoch: Es geschah wie einst zu Führers Zeiten. Damals hatten die Gauleiter vor dem Tor der Reichskanzlei oftmals geschworen, ihrem Führer Paroli zu bieten, und waren ebensooft mit der schmerzhaften Einsicht abgezogen, daß sie sich wieder einmal ins Unrecht gesetzt hatten.

Diesmal reichte der Zorn der christlichen Gummilöwen gerade noch zu einem „temperamentvollen Sitzungsverlauf“ (Bundesminister Lemmer). Das Fazit zog Fraktionsgeschäftsführer Rasner: „Die Fraktion respektierte ... die aus schwerwiegenden außenpolitischen Gründen vom Bundeskanzler getroffene Entscheidung. Sie gab ihrem uneingeschränkten Vertrauen zum Bundeskanzler Ausdruck ...“

Fragte George Vine, Bonner Korrespondent des britischen „News Chronicle“ mit Bezug auf die deutsche Geschichte: „Wie wurde abgestimmt? Mit Händehoch?“

Antwort: „Es erhob sich kein Widerspruch.“

Eine Woche vorher hatte des Kanzlers zungenfertiger Führergehilfe Rasner vor Bonner Zeitungsleuten getönt: „Der Kanzler will und wird für das Präsidentenamt kandidieren — es sei denn, der Himmel stürzt ein.“

GENFER KONFERENZ

Otto X

(siehe Titelbild)

„Daß Friedensverträge nicht im Zustande beiderseitiger freier Entscheidungsfreiheit vereinbart zu werden pflegen, entspricht der Logik der Situation, es brauchte kein Wort darüber verloren zu werden.“

Wilhelm Grewe; „Monatshefte für Auswärtige Politik“, Berlin; Heft 6, Juni 1939.

Auf den Tag zwanzig Jahre nach dieser Feststellung des Völkerrechts-Dozenten Wilhelm Grewe in einer Arbeit über den Frieden von Brest-Litowsk, bei dem die Sowjets sich den deutschen Bedingungen beugen mußten, weigert sich der Chefdelegierte der Bundesregierung im Genfer Völkerbundspalais, Botschafter Professor Wilhelm Grewe, dieses geschichtliche Gesetz nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg auch für Deutschland anzuerkennen.

Vor den Außenministern der zerfallenen Sieger-Koalition von 1945 vertrat er den Maximal-Anspruch des Besiegten: „Ein Friedensvertrag ... darf nicht auf einem diskriminierenden Sonderstatut für ein einziges Volk aufgebaut werden. Er muß, wenn er seinen Zweck erfüllen soll, den Besiegten wieder gleichberechtigt in die Gemeinschaft der Völker eingliedern und muß ihm seine volle Entscheidungsfreiheit in inneren und äußeren Angelegenheiten



Genf-Delegierte Limbourg (stehend), Brentano, Eckardt, Grewe: Zusammenstoß vor der Tür

und auf dem Gebiete der Verteidigung zurückgeben.“

Keiner der Sieger ist gesonnen, diese Forderung vorbehaltlos zu erfüllen. Andrej Gromyko, Abgesandter der sowjetrussischen Weltmacht, die durch die Zerschlagung des Deutschen Reiches am meisten gewonnen und im Herzen Europas Stellung bezogen hat, sprach das entschiedenste Nein.

Seine Zurückweisung war das erste Wort, mit dem er — am Dienstag vergangener Woche — im Konferenzsaal Bonns Unterhändler persönlich apostrophierte: „Die Rede des Herrn Grewe bestätigt die Ansicht, daß die Politik der Bundesregierung eine Belastung dieser Beratungen ist. Die Sowjet-Union hatte diese Befürchtung von Anfang an ... Diejenigen Kräfte, die die Politik der Bundesregierung bestimmen, werden die Früchte ihrer Politik ernten.“

Eine Frucht dieser Politik ist die Fortdauer der Spaltung Deutschlands für unbestimmte Zeit. In Genf erwies sich 1959 von neuem, daß die Wiedervereinigung unter den von Bundesregierung und Bundestag gesetzten Bedingungen der Freiheit und Gleichberechtigung einstweilen von den Sowjets weder zu erzwingen noch zu erkaufen ist.

Für Botschafter Wilhelm Grewe ist diese aussichtslose Lage von echter Tragik: Acht Jahre hat er sich im dritten Glied der von Konrad Adenauer und Walter Hallstein auf Klein-Europa in Marsch gesetzten Diplomatie der rheinischen Republik bemüht, zu verhindern, daß die letzten Ansätze für eine Wiedervereinigungspolitik im westeuropäischen Integrations-Prozeß völlig eingeschmolzen wurden. Jetzt, da er nach dem Ausfall Walter Hallsteins und Herbert Blankenhorns zum Spitzen-Diplomaten der Bundesregierung aufgerückt ist und als neuer Außenamts-Staatssekretär genannt wird, wurde er im Genfer Völkerbundspalais mit der bitteren Wahrheit konfrontiert, daß die Sowjets heute über die Wiedervereinigung Deutschlands nicht einmal mehr verhandeln.

Diesem Schicksal zum Trotz beharrt Wilhelm Grewe auf seinem Einheitsweg: „Die Aussichten für eine Regelung der deutschen Wiedervereinigung auf der Konferenz sind schlechter denn je“, hatte der

Botschafter Bonns bei Eisenhower schon vor Konferenzbeginn — in Los Angeles — geurteilt. In Genf sagte es Wilhelm Grewe noch deutlicher: „Wir dürfen uns keine Illusionen machen, wir dürfen aber auch nicht resignieren. Ein Volk darf solch einen Anspruch nie aufgeben — dies wäre das Ende jeder Politik. Wir müssen bereit sein, auf lange Zeit durchzuhalten. Das 19. Jahrhundert hat uns gezeigt, wie lang und beschwerlich der Weg zur deutschen Einheit manchmal sein kann.“

Auf diesem Weg begleitet den Botschafter von Konferenz zu Konferenz eine juristisch-historische Handbibliothek von etwa zwei Dutzend Bänden. Diesmal ist sie im Appartement 1 A der Dependance des bundesdeutschen Delegations-Hauptquartiers „Hotel Rex“ aufgebaut. Neben Vertrags-Plöetz und Handbuch der Staatswissenschaften, Uno-Satzung, Nato-Lexikon und den gebündelten Konferenz-Protokollen von Potsdam, Berlin und Genf (1955) steht nach Chruschtschews Vorschlag, Westberlin zu einer freien Stadt à la Danzig zu machen, als Neuerwerbung ein feuerroter Band: „The Dantzig Dilemma“ von Mason. Die Konferenz-Akten von Genf (1959) sind auf dem Spülstein der Appartements-Kombüse abgelegt. An der Tür dieser Diplomatenküche, hinter der Grewes Konferenz-Sekretärin mit einer Schreibmaschine statt mit Kochtöpfen hantiert, prangt in Messing-Lettern: „Service“.

Von diesem Genfer Gefechtsstand aus leitet Wilhelm Grewe die deutschen Angriffe und Absatzbewegungen im Völkerbundspalais. Ein normaler Konferenztag beginnt für ihn um neun mit dem Vortrag der Pressereferenten. Eine halbe Stunde später steigt der Hamburger Kaufmannssohn einen Stock höher in die Suite des über ihm residierenden Ministerialdirektors Duckwitz aus Bremen, Leiters der Ost-Abteilung des AA. Dort trifft er auch seinen Minister Heinrich von Brentano, der sich allmorgendlich aus seinem verträumten Landhaus an der helvetisch-französischen Grenze in die Stadt chauffieren läßt, und Informations-Staatssekretär Felix von Eckardt, der auf dem Hügel von Calvins Altstadt in einem gepflegten Patrizierhaus aus dem 16. Jahrhundert abgestiegen ist.

Der ehemalige Botschafter in Kopenhagen, Duckwitz, ist Heinrich von Brentanos